

Pressemitteilung

Stabsstelle
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon 0711 / 224 62-28
Telefax: 0711 / 224 62-23
E-Mail: presse@landkreistag-bw.de

Alle Pressemitteilungen und mehr unter:
www.landkreistag-bw.de

Stuttgart, den 18.07.2022

Zumeldung des Landkreistags Baden-Württemberg zur Pressemitteilung "BWKG-INDIKATOR 1/2022 Corona, Ukraine-Krieg, Energieknappheit und ex- plodierende Sachkosten führen zu schwieriger Lage und düsteren Zukunftser- wartungen" vom 18.07.2022

Zu den Ergebnissen des aktuellen BWKG-Indikators äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Die Corona-Pandemie hat in allen Kliniken des Landes zu enormen Mehrbelastungen geführt. Hinzu kommt, dass Patienten nach wie vor sehr zurückhaltend sind, wenn es um aufschiebbare Behandlungen geht. Das führt dazu, dass den pandemiebedingten zusätzlichen Ausgaben auf der einen Seite geringere Einnahmen auf der anderen Seite gegenüberstehen. Verschärft wird die pandemiebedingte Krise durch die Inflationskrise: Egal ob Energie, medizinische Artikel, Hygieneartikel oder die Verpflegung der Patientinnen und Patienten. An allen Ecken und Enden bekommen auch die Kliniken die Preissteigerungen zu spüren. Viele Verbrauchsmaterialien kommen aus dem Osten Europas. Hier sind teilweise ganze Lieferketten zusammengebrochen. Die hierdurch resultierenden Preiserhöhungen von bis zu 30% werden an die Kliniken durchgereicht und verschärfen die wirtschaftlichen Probleme weiter. Vor diesem Hintergrund appellieren die baden-württembergischen Landkreise an die Bundespolitik, schnellstmöglich Regelungen zum Ausgleich von COVID-Mindererlösen und COVID-Mehraufwendungen zu treffen. Um die steigende Inflationsrate auszugleichen, ist zudem ein rückwirkender Rechnungszuschlag zwingend erforderlich. Andernfalls drohen den Krankenhäusern massive wirtschaftliche Schwierigkeiten – mit aktuell nicht absehbaren Folgen für die Versorgungslandschaft.

Mindestens ebenso alarmierend wie die Unterfinanzierung der Krankenhäuser ist der Fachkräftemangel. Corona hat die Situation weiter verschärft. Hier muss ein ganzes Bündel von Maßnahmen geschnürt werden. Dazu gehören neben dem dringend erforderlichen Abbau der überbordenden Bürokratie insbesondere die beschleunigte Anerkennung ausländischer Fach- und Hilfskräfte, ein bundesweiter Ausbildungsfonds zur Finanzierung der einjährigen Helferausbildung, ein gesetzli-

ches Moratorium im Hinblick auf die einrichtungsbezogene Impfpflicht und die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene bereits vorgesehene Ermöglichung der Pflegeausbildung auch in Einrichtungen der Rehabilitation und Eingliederungshilfe.

Die Landkreise, die Träger vieler Kliniken sind und eine nachhaltige Krankenhausversorgung zu gewährleisten haben, warnen eindringlich, dass ohne rasche und nachhaltige Lösungen sowohl bei der Finanzierung als auch bei der Fachkräftegewinnung das gesamte Gesundheitssystem auf eine abschüssige Bahn zu geraten droht.“